

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Saar u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 50 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 50 M. Reaktionen, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 30b.

Die achtspaltige Reparationsliste über deren Namen keine 5.-M. einschließlich Steuerungsgebühr. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.-M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befuche in Wochen-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.-M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt der Reichsregierung

Das Ende

Berlin, 4. Mai.

Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffenen politischen Lage, hat das Kabinett heute einstimmig seinen Rücktritt beschlossen.

Der Reichskanzler hat sich am Abend zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt.

Das Ministerium Fehrenbach-Simons hat ausgetreten. Gestern Abend hat es schließlich seinen Entschlußkraft aufgebracht, um zurückzutreten.

Noch am Nachmittag war die Krise wieder abgeklungen; man wollte das Ultimatum aus London abwarten. Aber schließlich begriff man, daß dieses ewige Hin und Her nachgerade völlig unmöglich geworden war und entschloß sich zur Demission.

Der Rücktritt des Ministeriums in diesem Augenblick bedeutet objektiv das Eingeständnis des völligen Versagens, die Offenbarung der absoluten Impotenz. Subjektiv verdienen gewisse Männer durchaus persönliche Achtung. Herr Dr. Simons ist sicherlich ein rechtlich denkender Mann, von Pflichtgefühl erfüllt und von einem Hauch jenes alten deutschen Idealismus befeuert, der das fast schon vergessene Erbe unserer großen klassischen Zeit gewesen. Aber das hindert nicht, daß seine Führung der auswärtigen Politik geradezu ein Verhängnis war. Fehler häuften sich auf Fehler. Und es bleibt beinahe ein Rätsel, wie dieser Minister, der als Fachmann, als langjähriger Beamter des auswärtigen Amtes zur Führung der Geschäfte erwählt worden war, der klarer als die meisten bürgerlichen Politiker die Erkenntnis der deutschen Not, der Notwendigkeit der Politik hatte, aus dieser Erkenntnis nie die rechten Folgerungen zu ziehen wußte. Seine ganze Politik war eine Kette von Fehlern, und selbst richtige Anläufe waren zu kurz genommen und endeten mit einem Fehlsprung.

Gewiß trifft ihn allein nicht alle Schuld. Das Kabinett hatte die Verderber in seiner eigenen Mitte, in den Vertretern der Deutschen Volkspartei. Die Rücksichtnahme auf die nationalistischen Stimmungen, die in dem Kabinett, in den sogenannten Sachverständigenkreisen, von denen Dr. Simons sich Rat erhoffte, vorherrschend waren, haben sehr viel zur schließlichen Katastrophe seiner Politik beigetragen. Aber er trägt die Verantwortung, und er durfte keine Außenpolitik machen, die eben deshalb unmöglich war, weil er sich innerpolitischen Parteibedürfnissen fügte.

Dr. Simons hatte gewiß ein schweres Erbe angetreten. Auch seine rechtssozialistischen Vorgänger hatten es veräußert, den völlig veränderten Verhältnissen entsprechend eine Politik zu treiben, die rechtzeitig die nötigen Opfer brachte, um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Im Gegenteil, man ließ die völlige Irreführung der öffentlichen Meinung durch eine nationalistische Agitation gewähren, die von allen bürgerlichen und auch rechtssozialistischen Kreisen aus innerpolitischen Konkurrenzrücksichten mitgemacht wurde, ohne das deutsche Volk über den fürchterlichen Ernst seiner Situation aufzuklären, ohne an die verderblichen Folgen zu denken, die diese völlige Verkennung der wahren Lage zur Folge haben mußte. Aber unter dem Kabinett Fehrenbach wurde das alles noch bei weitem schlimmer, und Dr. Simons war nicht der Mann, der das ändern konnte. Immer wieder ließ er sich das Geheiß seines Handelns von den Gegnern vorschreiben. Obwohl alles darauf ankommen mußte, die drückendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages durch bessere Vereinbarungen zu ersetzen, brachte Dr. Simons nicht den Entschluß auf, mit seinen Vorschlägen so weit zu gehen, daß sie eine brauchbare Verhandlungsgrundlage bieten konnten. Und wenn die Gegner, wie bei den Brüsseler Verhandlungen, ihrerseits Vorschläge machten, die sofort mit aller Energie aufgenommen werden mußten, so fehlte wieder die Entschlossenheit, sich rasch zu entscheiden und das Notwendige zu tun ohne Rücksicht auf die Einwendungen der Bankleute und Schwerindustriellen, den Hauptfeind der Regierung.

So wurde keine günstige Gelegenheit herbeigeführt, jede Gelegenheit, die sich bot, verpaßt. Was aber mangelnde Festigkeit, Programmlosigkeit und ewiges Zaudern war, das wurde draußen als Böswilligkeit und Hinterhältigkeit gedeutet und gab den nationalistischen Strömungen im Ausland immer neue Nahrung und machte schließlich in Frankreich die Gewaltpolitik zu den Beherrschern der Situation. Dieser Eindruck mußte noch verstärkt werden, da das Kabinett Fehrenbach sich dazu hergab, sich auf Geheiß der Regierung nach als gehorsamer Knecht der deutschen Militaristen gerade in dem Moment zu erweisen, wo alles darauf ankam, ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

So kam, was bei solcher Politik kommen mußte. Die Gespräche mit den sowjetischen Büchern wiederholte sich. Von Verhandlung zu Verhandlung wurden die Forderungen höher, die Situation drohender. Vor und in London versagte die Taktik Dr. Simons völlig und nach London kann man nicht einmal mehr von Taktik sprechen. Die kostbarste Zeit wurde verstreut, völlige Passivität geübt, um schließlich wieder viel zu spät zu Experimenten zu gelangen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. So hat diese erste bürgerliche Regierung, die aus den nationalistischen Wahlen hervorgegangen war, das deutsche Volk in eine ausweglose Sackgasse hineingeführt. Und jetzt läßt sie dort das deutsche Volk stehen und geht! Es ist ein völliger Zusammenbruch!

In der inneren Politik bedeutete diese Regierung, obwohl sie nur von der Unterstützung der Rechtssozialisten lebte, die offene Gegnerschaft gegen alle sozialistischen Bestrebungen. Obwohl sie feierlich die Sozialisierung der Kohlenbergwerke angekündigt hatte, tat sie alles, um sie zu vereiteln. Ihr Ziel war die Befestigung der kapitalistischen Ordnung, die Befreiung des Kapitalismus von den Fesseln der Zwangswirtschaft. Ihre Ernährungsgrundlage war Hermes, das heißt, steigende Begünstigung der Agrarier ohne Rücksicht auf die fürchterliche Notlage der Arbeiter. Ihr Reichswehrminister war Gehler, das gefügige Werkzeug in den Händen der alten Generale. Ihr Wirtschaftsminister war Scholz, die absolute Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit. Unter dieser Regierung konnten Helfferich, Stresemann und Dernburg erfolgreich ihren Kampf gegen die Besitzsteuern führen, weil der Widerstand Dr. Wirths keine Stütze in diesem Kabinett fand. Für die Arbeiterschaft bedeutete diese Regierung die Zeit weiterer Verelendung und steigender Arbeitslosigkeit.

Aber so schuldig diese Regierung ist, sie ist es nicht allein. Die Verantwortung trifft in vollem Maße auch die Parteien, die sie so lange gestützt, oder wie die Rechtssozialisten, sie gebildet haben. Ihr Verhalten bewirkte es, daß eine Regierung, die immer wieder Proben ihrer Unfähigkeit geliefert hatte, doch bis zum Eintritt der Katastrophe bleiben konnte. Wenn nicht früher, so mußte nach dem Bruch in London begriffen werden, daß diese Regierung beseitigt werden mußte, um weiteres Unheil zu verhindern. Aber die Parteien, aus Angst vor Verantwortung, aus Unfähigkeit zu einer entschlossenen und voraussehenden Politik, haben nicht minder versagt, als die Regierung selbst. Sie tragen die Verantwortung, sie müssen sie auch jetzt wieder übernehmen.

Auch diese Regierung ist, wie ihre Vorgänger, nicht im offenen Parlament durch eine Abstimmung gestürzt worden. Sie geht, weil sie nicht mehr aus und ein weiß, und sie geht, weil die Regierungsparteien sie nicht mehr halten konnten. Von diesen Parteien scheint die Deutsche Volkspartei am stärksten auf den Rücktritt gedrängt zu haben, sie scheint auch der neuen Regierung ihre Führung aufdrängen zu wollen. Eine starke bürgerliche Regierung ohne Sozialdemokratie fordern ihre Organe. Nun wohl! Die erste bürgerliche Regierung hat abgewirtschaftet, sie hat ein Erbe hinterlassen, das anzutreten in diesem Augenblick die Arbeiterschaft nicht locken kann. Die bürgerlichen Parteien haben es dahin gebracht, daß Unheil näher ist. Noch kann die Arbeiterschaft bei den inneren und internationalen Machtverhältnissen dieses Unheil jetzt nicht bannen. Aber sie muß es vermeiden, ihre Zukunft zu kompromittieren. Aufgabe der bürgerlichen Politik, die es so weit hat kommen lassen, ist es, jetzt den Ausweg zu suchen. Unser Tag wird kommen!

Bis Freitag

Wir haben darauf hingewiesen, daß vor Freitag die Absendung des Ultimatums nicht erfolgen wird. Jetzt wird aus London noch gemeldet, daß auch der französische Ministerpräsident seinen Aufenthalt in London bis Freitag verlängert hat. Der Oberste Rat bleibt also beisammen. Es wäre noch möglich gewesen, vor der Absendung des Ultimatums der sehr deutlichen und klaren Aufforderung der amerikanischen Regierung gemäß, ein neues deutsches Angebot nach London zu senden, das vielleicht die endgültige Fassung der Londoner Beschlüsse noch hätte beeinflussen können. In London scheint man ein solches Angebot erwartet zu haben. Es ist nicht erfolgt. Auch diese, wenn auch, wie wir zugeben wollen, schwache Möglichkeit eines aktiven Eingreifens der deutschen Politik, ist nicht ausgenutzt worden. Stattdessen kommt die Demission des Kabinetts und die völlige Lähmung. Ob die bürgerlichen Parteien wenigstens imstande sind, die dringend wichtige schnelle Lösung der Regierungskrise herbeizuführen?

Die Londoner Besprechungen

CC. Paris, 4. Mai.

Der Oberste Rat der Alliierten hielt heute vormittag keine Sitzung ab, sondern trat heute nachmittag um 3 Uhr zusammen. Marshall Foch und General Beggand sind abgereist. Der polnische Außenminister Fürst Sapieha, der gestern mit dem Grafen Sforza konferierte, wurde heute nachmittag von Briand empfangen, der mit ihm die oberschlesische Frage längere Zeit hindurch besprach. Der deutsche Botschafter, Dr. Stamer, hatte heute morgen eine Unterredung mit dem Grafen Sforza. Kurze Zeit darauf hatte Lord d'Abernon mit Loucheur und Verhelst eine lange Unterredung. Die Mitglieder der Reparationskommission Louis Dubois, John Bradbury und Marquis Salvaat Razi sind heute um 10 Uhr 30 vormittags in London eingetroffen. Kurz darauf wurde Dubois von Briand zu einer Besprechung empfangen, die eine halbe Stunde dauerte. Gleich danach hatte er mit Loucheur Verhandlungen.

Die heute morgen von den „Times“ verbreiteten Nachrichten, daß neue deutsche Vorschläge der Reparationskommission unterbreitet worden wären, werden offiziell dementiert.

Die Lage

London, 4. Mai.

Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es:

Auf den Vorschlag der französischen und der belgischen Delegation hin hat man beschlossen, in dem Wortlaut der bevorstehenden interalliierten Note an Deutschland irgendeine besondere Beziehung der Nationalität der beim Vormarsch ins Ruhrgebiet verwandten Truppen wegzulassen, um nicht dadurch, daß nur französische und belgische Truppen genannt werden, dem Gedanken der bestehenden interalliierten Solidarität Abbruch zu tun. Wie der Bericht außerdem meldet, sei, da die Besetzung des Ruhrgebiets nur als zeitweilige Zwangsmaßnahme angesehen würde, die Deutschland durch Erfüllung des Friedensvertrages beenden würde, der Gedanke einer Einführung neuer Wirtschafts-Sanktionen, wie z. B. einer Kohlensteuer, bei den Alliierten noch nicht durchgedrungen.

Weiter heißt es in dem Bericht, die Franzosen wünschten eine vollständige Blockade der deutschen Küste, und als juristische Einwände dagegen erhoben wurden, unterbreiteten sie einen Plan betreffend eine militärische Besetzung der Häfen und boten die zu diesem Zwecke notwendigen Truppen an. Sowohl Lloyd George als auch Graf Sforza hoben jedoch nachdrücklich hervor, daß es nicht ratsam sei, die etwaigen Wirkungen zu drastischer Maßnahmen zur See auf die öffentliche Meinung bei den Neutralen nicht in Betracht zu ziehen.

„Daily Express“ erklärt, daß die Lage bezüglich Deutschlands jetzt hoffnungsvoller aussieht. Man sei der Ansicht, daß die Reparationsfrage auf eine Grundlage gelöst werden könne, die eine Regelung möglich mache und daß so der geplante Vormarsch ins Ruhrgebiet vielleicht nicht nötig sein werde.

Der französische Aufmarsch

DA. Paris, 4. Mai.

Die Militärtransporte für den neuen Einmarsch in Deutschland sind bereits in vollem Gange. Das in Meun garnisonierende 12. Dragoner-Regiment ist bereits nach Vandau abgegangen. Eben dahin wird ein in Lyon zusammengestelltes gemischtes Kavallerie-Regiment unter dem Kommando des Obersten Donnop abtransportiert, desgleichen mehrere Batterien des 54. Artillerie-Regiments. Auch die Pariser Garnison hat schon zahlreiche Truppenkontingente gestellt, die nach Deutschland unterwegs sind, so z. B. mehrere Kürassier-Schwadronen.

beweisen, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, das Problem zu lösen. Die Erwerbslosenfürsorge sollte durch die Gewerkschaften und die Arbeitsämter überwacht werden. Die Verelendung und Erwerbslosigkeit greift weit in den Mittelstand über. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sich der deutschnationale Pastor Koch darüber entäußert, daß die Stadt Berlin für jeden Obdachlosen 800 Mark zwecks Einleitung ausgemerzt hat.

Is das Christentum?

Mit der Arbeitslosenfrage hängt das Kinderelend aufs engste zusammen. Die Arbeitslosen sind nicht in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu nähren und zu kleiden. Die Berichte der Schulärzte über die Abnahme des Körpergewichtes der Kinder sind erschreckend. Fürchterliche Nachrichten über das Kinderelend kommen aus Thüringen, dem klassischen Lande der Heimarbeit. Der Präsident des thüringischen Ernährungsamtes erklärt, daß eine dauernde Schädigung der heranwachsenden Generation vorliegt. Die Kinder werden schon als schreckliche Geschöpfe geboren, die Mütter können die Kinder nicht stillen, und so kommt es, daß in Thüringen fast kein Arbeiterhaus ist, wo nicht ein der Tuberkulose oder Skrofelose Verdächtigter lebt. Wie ist es in Berlin? Das Wohnungselend ist empörend. Die allgemeine Ortsfrankenkasse gibt ja genug Beispiele. Die Redaktionsmitglieder des „Berliner Tagesblattes“ haben bekanntlich eine Wanderung durch Berliner Wohnungen angestellt und ihre Schilderungen sind erschütternd. Sie berichteten von einem Keller, der nur ein Fenster hatte, ohne Scheiben, wo eine Witwe mit 5 Kindern, nur ein Bett besaß. Die Mutter schlief auf dem Stuhl, Katten und Mäuse sprangen über den Tisch, der zugleich als Bett diente. Aus Oberkasseln wird gemeldet, daß die Kinder schon nach einer Woche Unterricht verlagen. Die gleichen Meldungen kommen aus Kassel, Hameln, Hannover und Erfurt. Von dort meldet man, daß

nur 1 Prozent der Kinder wirklich gesund

sind, während 9 Prozent an Unterernährung leiden. Daher kommt es, daß viele Kinder bei der Einschulung zurückgemessen werden müssen; in Solingen fünfmal soviel als vor dem Kriege.

Die Vertreter des Kapitalismus entrücken sich gerne über die steigende Kriminalität. Sie ist aber immer nur eine Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit. Täglich kommen Arbeiter zu mir, die erklären, wenn das nicht bald anders werde, dann gingen sie lieber ins Gefängnis, dort bekäme man wenigstens ein Stück Reichs- und Staatsregierung müssen große Mittel bereitstellen, um Arbeit zu schaffen, und die Gewerkschaften müssen bei dieser Hilfsaktion das Recht zur Kontrolle besitzen. Gewiß hat das Reich in erster Linie einzugreifen, aber die Staatsregierung hat die verdammt Pflicht, beim Reich darauf zu dringen, daß etwas getan wird. Kollege Brückner hat schon auf die Wiederaufnahme der Arbeiten am Bau der Berliner Nord-Südbahn hingewiesen (Berliner Hoch- und Untergrundbahn). Vor allem müssen

Arbeiterwohnungen und Wohnungen überhaupt gebaut

werden. In Berlin fehlen allein über 200 000 Wohnungen. Nicht die Privatbauwirtschaft ist zu steigern, sondern die Wohnungsnot muß vor allem auf dem Wege der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit beseitigt werden. Gegen den Baustoffmangel ist einzuschreiten. Es ist unerhört, daß die Zementfabrikanten gegen die Errichtung neuer Zementfabriken arbeiten, damit sie keine Konkurrenz bekommen. Die Regierung sieht diesen Dingen tatenlos zu, sie hat Wichtigeres zu tun, sie muß den politischen Verbrechern nachsehen. Die Kapitalisten, die sich über die Arbeitslosenfrage leicht hinwegsetzen, werden steigende Dividenden ein. Sie reden von den achttausend höheren Wöhnen der Ziegeleiarbeiter, aber von den Preisen der Ziegeleifabriken schweigen sie.

Dann noch eine Frage: Die Ueberführung großstädtischer Arbeiter aufs Land. Ich bin lange schon beim Arbeitsnachweis tätig und kenne genau die Verhältnisse. Ein Hemmnis für die Ueberführung ist die Weltfremdheit zwischen Stadt- und Landarbeitern. Vor allem aber schreien die Lebensverhältnisse auf dem Lande ab. Die Wohnungsverhältnisse sind

einfach fürchterlich und die Agrarier bieten den Arbeitern Wohnräume an, die man eher als Schweinestall bezeichnen muß. Das bringen die Herrcn fertig, die fortwährend Thron, Altar und Christentum im Munde führen. Die überlebens Dinge habe ich hier in der Nähe von Berlin beobachtet. Das Landproletariat wird in Wohnungen zusammengepfercht, wo Schlafraum, Küche, Waschküche, kurzum alles in einem Raum beisammen war. Vis-à-vis stand das

Barthaus mit einer Fünfeckzimmerwohnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Weal (U. Soj.): Wo soll er denn seine Köchin unterbringen? Allgemeine Heiterkeit.) Für die Ueberführung Jugendlicher aufs Land zur Arbeit schlagen wir vor, daß aus den Kreisen der Gewerkschaften Landarbeiterförderer- und -fürsorgeträger mit den jungen Leuten (Knaben und Mädchen) aufs Land gehen, damit sie dort den nötigen geistigen und sittlichen Halt haben und nicht sich selbst überlassen bleiben. Wir sind gespannt, wie sich die Regierung unserem Vorschlag gegenüber verhält. Eigenartig berührt es, daß die Regierung bei der Erörterung einer so wichtigen Frage nicht vertreten ist. — Wir stimmen den sozialistischen und kommunistischen Anträgen zu. Wir wollen den Arbeitern etwas geben, deshalb haben wir unsere, von den Kommunisten lächerlich gemachten Anträge gestellt. Wir wissen, daß die kommunistischen Anträge abgelehnt werden, wollen aber, daß die Arbeiter nicht leer ausgehen. Das große Ziel bleibt bei alledem der Fortschritt des internationalen revolutionären Sozialismus, der allein das Elend der Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen kann — eine Aufgabe, vor der die kapitalistische Internationale verflucht hat. (Beifall b. d. U. Soj.)

Abg. Hartmann (Dem.): Die Eisenbahnbauten müssen fortgeführt werden. Auch mit Neubauten sind wir einverstanden, doch muß ihre Rentabilität gesichert sein. Die Anträge richten sich an die falsche Adresse, denn die Bahnen sind ja aufs Reich übergegangen. Die Erwerbslosenunterstützung muß erhöht werden. Die Erwerbslosen erwarten schnelle Taten.

Das Haus verläßt sich auf Freitag, 2 Uhr: Kleine Anträge, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Mittwoch nachmittag unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber eine öffentliche Sitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Nach Ansicht der Regierung ist der Uebergang zur völlig freien Wirtschaft unter den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen noch nicht möglich. Der Preis des vollkommen freien inländischen Brotgetreides würde sonst derart steigen, daß z. B. in Berlin das Brot von 5 Mark auf 12 Mark sich im Preise erhöhen würde. Die Regierung hat daher ein Umlagesystem vorgeschlagen und die Mehrheit der Länder hat zugestimmt. Von jeder Weichlagnahme soll grundsätzlich abgesehen werden. Der überwiegend größte Teil des Brotgetreidebedarfs soll innerhalb der bisherigen Nationen durch Umlage aufgebracht werden; für das Umlagegetreide wird ein bestimmter Preis festgesetzt. Die einzelnen Getreidearten sind dabei verzehrer, der Landwirt kann Brotgetreide, Gerste oder Hafer liefern. Das verbleibende Getreide wird ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überlassen.

Staatssekretär Dr. Huber erklärte, daß die Reichsregierung sich vorbehaltlich dem Reichstag einen Entwurf zu unterbreiten, der die Haftung der Länder beibehalte. Der Vertreter Sachsens forderte Beibehaltung der Zwangswirtschaft und erklärte, gegen den Entwurf stimmen zu wollen. An den Ausschlußbeschlüssen sei für Sachsen besonders unerträglich der Fortfall der Garantie der Länder, die eine wesentliche Grundlage des Umlagesystems sei. Auch die Vertreter von Thüringen, Baden und Hessen erklärten sich gegen die Vorlage. Ein Antrag Sachsens, die Haftung der Länder wieder einzuführen, wurde abgelehnt und hierauf der Gesetzentwurf vom Plenum des Reichsrats mit Mehrheit angenommen.

Mit der Prägung von weiteren 50 Millionen Mark in Fünzigpfennigstücken aus Aluminium, erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Aus den Organisationen

2. D. H. Es wird dringend gebeten, die Zeitung, „Waldwetter“, zu unterstützen, die sofort abgedruckt, auch die rückständigen Monatsbeiträge sind nachzusenden, da die bisherigen Marken eingezogen werden.
Kasseler. Billets zur Bahngesellschaft in der Neuen Welt, am Montag, sind noch in beträchtlicher Anzahl zu mäßigen Preisen beim Genossen Eichardt, Berliner Str. 21, 1. Et., zu haben.

Freitag, 6. Mai

1. D. H. (Wien.) 7 Uhr Vorkonferenz, Culmb. 20a bei Mousil.
2. D. H. Abends 7 Uhr Funktionenbesetzung im Gewerkschaftshaus, Sozial 10.
3. D. H. 7 Uhr bei Gallas, Bornimstr. 20, Vorkonferenz.
4. D. H. Abends 7 Uhr Sitzung der Sejmabhängigkeitskommission bei Gallas, Bornimstr. 20.
5. D. H. 1. Mitteilung. 6 Uhr wichtige Flugblattverteilung bei Seidel, Caprinistr. 20, 2. Et. bei Koch. Jeder Genosse muß anwesend sein.
6. D. H. Abends 6-9 Uhr Steuerreform im Lokal des Cafe, Marienburger Straße 31, Jermalare, Lohnausgang und Papierzeitung mitbringen. Montag D. H. Konferenz im gleichen Lokal.
7. D. H. Abends 7 Uhr Generalkonferenz, Schulstra. 1, Tunderstr. 6. Tagesordnung: Berichte und Resolutions des Vorstandes. Bezirksführer sind dazu eingeladen.
8. D. H. und Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr Vorkonferenz zwecks Abrechnung vom 1. Mai bei Krüger, Pankstr. 10.
9. und 10. D. H. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Keller, Gohlisstr. 31. Da sehr wichtige Arbeit vorliegt, müssen alle Genossinnen erscheinen.
11. Verwaltungsrat (D. H. - Kommissionen, D. H. - und Niederfachvereine, D. H. -). Abends 7 Uhr bei Weber, Niederfachvereine, Berliner Str. 17, Konfession. Vorstand, Abteilungsleiter, Gruppenleiter und Abgabende haben zu erscheinen.
12. D. H. Abends 7 1/2 Uhr Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Schulz, Steinstr. 52.
13. D. H. Verwaltungsrat. Abends 7 Uhr Funktionenbesetzung bei Gallas, Bornimstr. 20. Bericht des Genossen Gardt über den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage.
14. D. H. Abends 7 Uhr im Lokal von Seipke, Kronprinzstr. 10. Funktionenbesetzung. Das praktische Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.
15. D. H. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission, Stadtverordneten, Bezirksvorsteher und Bürgerdeputierten im Rathaus, Zimmer 1.

Bereinskalendar

Freitag, 6. Mai

- Zentralverband der Angestellten. Vielumfängliche und Kapierausstattung. Mitgliederbesprechung 7 1/2 Uhr in haverlands Hof, Neue Friedrichstr. 38. — Kranzessen. Mitgliederbesprechung nachm. 4 Uhr in den Anteros-Hallen, Rudowstr. 21. — Kohlen. Mitgliederbesprechung 7 1/2 Uhr in den Anteros-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 51. — Metall. Funktionenbesprechung 7 Uhr in haverlands Hof, Neue Friedrichstr. 38.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Besprechung der Betriebsführer. Abends 6 Uhr im Lokal von Elevert, D. H. - , Kanitzstr. 6, Ecke Scharfstr. 1, Brandenburgerstr. 10.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 8. Tebalkstraße. Nachm. 4 1/2 Uhr Besprechung der Betriebsführer aus den Zigarettenfabriken bei Wille, Seckelstr. 10. Bericht über die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages.
- Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr Brandenburgerstr. 10. Besprechung der Verhandlungen mit den Anwaltschaften Groß-Berlins. — S. G. P. Besprechung der „Arbeiter“. Am Lokal Seipke, Vorkonferenz. 2. Gruppenbesprechung mit Vortrag. Erscheinen aller Genossen erforderlich.
- Mitarbeiterverein Niederfachvereine. Abends 7 Uhr in der Kule der Gemeindegemeinschaft, Berliner Str. 31. Generalkonferenz. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Mitgliederkarte legitimiert.

Geschäftliches

Die Auswahl von Kandidaten ist eine besondere Sorge der amputierten Kriegsveteranen. Die Präfektur-Kommission der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsveteranen und Hinterbliebenen Deutschlands veranstaltet am Sonnabend im Lehrer-Bereinsklub, Alexander-Platz, einen Vortrag über Kandidaten und Stimmabgabe. Im Hinblick darauf wird die Wahl-Karte der Kriegs-Gemeinschaft vorgelegt. Alle Kriegsveteranen sollten sich selbst ein Urteil über die verschiedenen Kandidaten-Systeme machen. Wir verweisen des Weiteren auf die Zeitschrift in der heutigen Nummer.

Verantwortlich für Politik u. Neuigkeiten: Des Viehfeld, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhard Seger, Berlin; für den Inhaltsteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romer, Berlin; für den Inhaltsteil u. geschäftliche Mitteilungen: e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Seckel Str. 80.

Die werbenden Kräfte

des Herstellers wirklich guter Zigaretten sind begrenzt. Der Veredelungsprozess des reinen Orienttabaks liegt in der Kunst seiner Verarbeitung. Wir setzen das höchste fachmännische Können ein in der Auswahl der Tabake und ihrer Mischungen.

An zweite Stelle setzen wir die schlichte Hülle, die Ausstattung, in die wir unsere Erzeugnisse verpacken. Dieses sind die werbenden Kräfte unserer, der guten MASSARY-Zigaretten.

Nicht die Hülle, der Inhalt entscheidet

Urteilen Sie selbst!

